

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint drei Mal wöchentlich und zwar: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends Abends.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redaction und Expedition: Berlin, Alte Jakobstraße Nr. 67.

Redigirt von J. B. v. Hoffstetten und J. B. v. Schweizer.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 15 Sgr., monatlich 5 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den königl. preussischen Postämtern 15 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 12 1/2 Sgr., im übrigen Deutschland 20 Sgr. (fl. 1. 10. Stbd., fl. 1. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expeditur, von der Expres-Compagnie, Zimmerstraße 48a, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition anzugeben) werden pro dreispaltige Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.
Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Politischer Theil.

Berlin, 20. October.

Die Wahlen zum norddeutschen Parlament haben uns bereits mehrmals beschäftigt, und unsere Leser wissen, daß wir die Frage: Wählen oder nicht? mit Ja beantwortet, daß wir eine rege und kräftige Btheiligung der Arbeiterpartei bei den Wahlen befürwortet haben.

Auch scheint es uns, als ob in den Kreisen der Unseren von Anfang an nur wenig Widerspruch gegen diese Ansicht vorhanden gewesen wäre; allein in einem anderen Punkte freilich scheinen die Meinungen mehr auseinander zu gehen.

Manche sind der Ansicht, man solle mit der Wahlagitacion gleich jetzt beginnen; andere meinen, es sei besser, dies noch zu verschieben.

Wir sind der letzteren Ansicht.

Vorant es bei einer Wahlagitacion überhaupt, insbesondere bei einer Wahlagitacion, in welcher eine Partei zum ersten Male auftritt, vor Allem ankommt, ist dies: daß sie mit allem Nachdruck, mit nachhaltiger Kraft geleitet und durchgeführt werde. Gerade aber, um dies zu ermöglichen, ist vor Allem erforderlich, daß man nicht vorzeitig seine Kraft vergeude, daß man sich nicht vorzeitig ermüde, sondern daß man in der entscheidenden Zeit, dann wenn es wirklich gilt, mit frischer und ungeschwächter Kraft auf dem Schauplatze stehe. Es scheint uns daher, daß der Zeitpunkt, wann mit der Agitacion begonnen werden soll, keinesfalls früher festgesetzt werden kann, als bis man wenigstens weiß, wann denn eigentlich die Wahlen stattfinden. Hierfür aber fehlt es bis jetzt an jedem genügenden Anhaltspunkt.

Dies schließt indessen freilich nicht aus, daß man einstweilen manche Vorbereitungen treffe. Dahin rechnen wir z. B. eine Verständigung in engeren Kreisen über das, was später zum Zweck der Agitacion in der betreffenden Gegend zu geschehen hätte; dahin rechnen wir insbesondere, daß man sofort mit der Sammlung von Geldmitteln beginne.

Zu jeder Agitacion, dies bedarf keiner weiteren Ausführung, sind Geldmittel nöthig; manches muß gedruckt und annoncirt, manches muß besorgt werden, wozu Geld erforderlich ist. Und dies ist doppelt der Fall bei einer Partei, die wenige Mitglieder zählt, welche wohlhabend genug sind, um aus eigenen Mitteln etwas zur Förderung der Parteizwecke thun zu können. Wir möchten also unsern politischen Freunden dringend an's Herz legen, schon jetzt und dann immer fortgesetzt in der nächsten Zeit mit Geldsammlungen vorzugehen und die betreffenden Gelder in bewährte Hände niederzulegen. Und nicht nur an den großen Orten, obschon dies freilich die Hauptfache ist — auch an den kleinen Orten müßte dies geschehen. Die gesammelten Be-

träge werden dann sicher in der entscheidenden Zeit der Parteisache zu Gute kommen.

Möge man diesen Punkt nicht unterschätzen: oft hängt ein Erfolg daran ab, ob man im richtigen Augenblick eine Ausgabe machen kann. In dieser Beziehung ist es vielleicht gut, wenn die Wahlen nicht allzurast kommen. Geldmittel sind erforderlich — mögen die Arbeiter hiernach handeln! Mögen sie aber zugleich durch strenge Controlle dafür sorgen, daß mit diesen Geldern kein Mißbrauch getrieben werde; so viel Selbstverwaltungs-Talent wird doch hoffentlich in den Arbeiterkreisen überall vorhanden sein. —

R u n d s c h a u.

Berlin, 20. October.

Die mit so großer Sicherheit aufgetretene Annahme wenigstens einer militärischen Einheit des nördlichen Deutschland erhält einen harten Stoß durch den nunmehr erfolgten Abschluß des militärischen Theils der preussisch-sächsischen Verhandlungen. Darnach wird die Besatzung in Sachsen — Dresden und Königstein nicht ausgenommen — eine gemischte sein und die sächsische Armee vorläufig auf Cadres zurückgeführt werden. Alle sonstigen Organisationsfragen und das Verhältniß der Streitkräfte des norddeutschen Bundes überhaupt bleiben der Beschlussfassung des Parlaments vorbehalten. Die Rückkehr der sächsischen Armee erfolgt sofort. Der Friedensvertrag selbst wird nun wohl, da die Hauptschwierigkeit beseitigt, sehr schnell zu Stande gebracht werden. Der Grundsatz der gemischten Besatzungen ist somit für Sachsen angenommen und es wird ein besonderes sächsisches Heer mit einer gewissen Selbstständigkeit neben dem preussischen fortbestehen. Es werden daher besondere Maßnahmen müssen getroffen werden, um Reibungen zwischen diesen verschiedenen Truppenkörpern zu vermeiden, und die übrigen Regierungen der norddeutschen Staaten, welche auf preussischer Seite während des Krieges gestanden haben, werden sich berechtigt halten, ein noch höheres Maß von Selbstständigkeit zu beanspruchen. Welche Einflüsse in der Abwesenheit des Herrn v. Bismarck bei diesem für Sachsen so günstigen Abkommen mitgewirkt haben, ob innere oder äußere, oder vielleicht beide, darüber herrscht bis jetzt ein undurchdringliches Schweigen. — Bald nach dem Wiederzusammentritt der preussischen Kammern dürfte der Gesandtenauftrag über die Einverleibung Schleswig-Holsteins auf die Tagesordnung kommen. Drei Fragen schweben in dieser Angelegenheit: die im Prager Frieden in Aussicht gestellte Volksbefragung in Nordschleswig, die noch nicht verfassungsmäßig geordnete Stellung Lauenburgs und die Abtretung einiger holsteinischer Gebietstheile an Oldenburg. — Das „Gesetzblatt“ des früheren Kurfürstenthums Hessen enthält eine Verordnung vom 13. v. M., nach welcher die allgemeine Dienstpflicht nach Maß-

gabe der in Preußen gültigen Bestimmungen mit dem 1. Januar desjenigen Kalenderjahres beginnt, in welchem die Dienstpflichtigen das 21ste Lebensjahr vollenden. Die nach den Landesgesetzen von dem militärischen Dienste Befreiten bleiben auch fernerhin von persönlicher Dienstpflicht befreit. — Eine Verordnung des Kaisers von Oesterreich beruft sämtliche Landtage, mit Ausnahme des ungarischen, auf den 19. November zusammen. Ein ferneres kaiserliches Handschreiben an den Hofkanzler Majlatz begründet die vorläufige Nicht-Einberufung des ungarischen Landtages durch den Umfang der bedauerlichen Epidemie in Ungarn. Der eigentliche Grund liegt jedenfalls darin, daß die Verhandlungen der Hofburg mit den Großen Ungarns noch kein befriedigendes Ergebnis geliefert haben. — Die deutsche Verfassungskommission in Oesterreich hat ihr Programm jetzt in folgenden Sätzen zusammengestellt:

1. Festhalten an dem Rechte der Reichsverfassung; deshalb Ablehnung jedes Abweichens von ihren legalen Bahnen in Delegirten-Versammlungen und Landtagsvoten. — 2. Festhalten an dem Maße der in der Reichsverfassung gegebenen gemeinsamen Angelegenheiten und deren gemeinsamer parlamentarischer Verhandlung und Beschlussfassung in einer regelmäßig wiederkehrenden Versammlung der Reichsvertretung. — 3. Jenseits der Grenze der letzteren lokale Bereitwilligkeit zu Zugeständnissen, wo dieselben in einer bis auf unsere Tage fortlaufenden Geschichte ihren Ausgangspunkt nehmen. — 4. Sofortige Einberufung des Reichsrathes. — 5. Fortbildung der verfassungsmäßigen Institutionen in wahrhaft konstitutionellem Geiste. — 6. Klare und entschlossene Führung einer durch das Vertrauen der Staatsbürger getragenen Regierung, bei raschem, thatkräftigem Erfassen der Nothwendigkeit einer vollständigen Reform der Verwaltung im Sinne der heutigen Cultur und Freiheit auf dem Gebiete der geistigen wie der materiellen Interessen. — Die Mönche und Nonnen, welche aus dem klosterfeindlichen Italien in's Tyrolerland unter den Schatten des Concordats flüchten, ist so groß, daß bis heute sechs große Gebäude bezeichnet werden, die künftighin zu dauernden Herbergen welscher Ordensleute bestimmt sind.

Aus Frankreich, Lyon, schreibt man:

Seit dem Jahre 1859 fehlt es den f. g. Canuts, d. h. den Seidenwebern, welche auf eigene Hand in ihrer Wohnung arbeiten, an hinlänglicher Beschäftigung; kaum daß einige Monate während dieses siebenjährigen Zeitraums als Ausnahme bezeichnet werden können. Bald war es die Theuerung des Rohstoffes, bald der in Nord-Amerika wüthende Krieg, welche als Ursache der Stockung angegeben wurden. Doch sind in Amerika längst die Waffen niedergelegt, ohne daß die Beschäftigung reichlicher geworden sind, wobei auch in Anschlag kommt, daß wegen Höhe der Saluta Rußland beinahe gänzlich vom Markte sich fern hält. Der Preis des Rohstoffes kann ebenfalls nicht als entscheidend betrachtet werden, denn sonst müßten dieselben Klagen in Deutschland, England und der Schweiz zu hören sein. Das Uebel liegt also tiefer, doch gleichviel wo immer, es hat jetzt einen Grad erreicht, welcher den Canuts unerträglich scheint. Schon im Laufe der vorigen Woche, als in Lyon zwei Ergänzungswahlen zum Arrondissement-Rath statt haben soll-

ten, fanden sich in Croix-Rouffe, dem hauptsächlichsten Arbeiterviertel, Plätze, in denen die Canons aufgefordert wurden, am 14. d. auf dem Plage des Terreaux sich einzufinden, um dem Präfecten die Leiden der Arbeiter durch eine Demonstration zu bekunden. Der „Progres“, wie die „Gironde“ und der „Sulut public“ riefen dringend von diesem Schritte ab, der schwere Folgen haben könne; auch die Polizei suchte zu beruhigen und der (von der Regierung eingefegte) Municipalrath beauftragte unter der Hand die Wohlthätigkeitsbureaus, Jedem, der es verlange, ohne nähere Prüfung, Brodmarken zu verabreichen. Am Sonntag war eine große Anzahl Kengiriger auf dem Plage des Terreaux versammelt, aber die Seidenweber erschienen nicht, sondern hatten auf den Rath Frederic Morins, des bekannten Schriftstellers, eine Petition abgefaßt und dem Geschäfte der Präfectur leitenden Senator Chevreau überreichen lassen. Dieser keilte sich, in Croix-Rouffe eine Bekanntmachung anschlagen zu lassen, in welcher die Arbeiter zur Ruhe ermahnt und erlucht wurden, jeden Vorwand zur Unordnung zu vermeiden; die Regierung werde Alles thun, dem Nothstande zu begegnen. Nirgends fanden Zusammenrottungen von Arbeitern statt; die Polizeisergeanten reichten völlig aus, die Circulation auf dem Plage offen zu halten, wo die Kengirigen von 11 bis 2 Uhr Nachmittags vergebens warteten. Herr Chevreau hat sich um so mehr beeilt, beruhigende Versicherungen nach Biarritz gelangen zu lassen, als der kaiserliche Hof auf seiner Rückkehr aus dem Seebade Lyon postiren will und Napoleon III. bekanntlich Demonstrationen nicht eben gern sieht. Auf den Wunsch des Kaisers ist Marquis v. Lavalette, statt sich direkt nach der Dordogne zu begeben, nach Lyon zurückgereist.

„Statt sich in Zeit und Umstände zu fügen, faheln die Führer der Lyoner Arbeiter von National-Werkstätten und von anderem Unsinne aus dem Jahre 1848. Die Behörden sind in großer Besorgniß, obwohl es bis jetzt bei friedlichen Kundgebungen geblieben ist,“ bemerken dazu französische und deutsche Bourgeois-Organe.

Nach Briefen aus Italien macht die Uebergabe Venedigs an Frankreich bei den Italienern fortwährend viel böses Blut. Die Italiener ärgern sich, daß man ihnen das, was sie für ihr Eigenthum halten, nicht direct zustellt. Zur Abstimmung am 21. October werden alle Bürger zugelassen, die das einundzwanzigste Lebensjahr zurückgelegt haben und seit sechs Monaten in der Gemeinde gewohnt haben. Diejenigen Bürger, welche der Armee oder den Freihaaren angehört haben, werden auch unter dem Alter von einundzwanzig Jahren zur Abstimmung zugelassen.

An die großen Reform-Demonstrationen des nördlichen England hat sich am 16. October eine schwedische in Glasgow angeschlossen, die an Großartigkeit hinter jenen nicht zurückbleibt. Der ein halbes Duzend enggedruckter Zeitungsblätter füllende, von der Electric-Telegraph-Company den hiesigen Blättern gelieferte Detailbericht schätzt die Anzahl der an dem Meeting unter freiem Himmel

Theilnehmenden auf anderthalb Hunderttausend. Wie bei den Demonstrationen in Birmingham, Leeds etc. waren sechs Tribünen errichtet, von welchen gleichzeitig Ansprachen an die Versammelten zur Begründung von gleichlautenden Resolutionen gehalten wurden. Die einmützig durch Acclamation angenommene Resolution sagt unter Anderm:

1) „Die Versammlung protestirt gegen die Fortdauer des jetzigen Systems der Volksvertretung, wodurch die Nation gezwungen wird, Gesetzen zu gehorchen, bei deren Abfassung sie keine Stimme hat, was dem Geiste der alten Constitution und unserm Rechtsgeföhle gleich zuwider ist. Die Versammlung verpflichtet sich, zur Unterstützung der schottigen nationalen Reformliga in ihren Bestrebungen durch alle gesetzlichen Mittel allgemeines Stimmrecht aller angelesenen Männer, als die einzige gerechte Basis einer nationalen Vertretung, und die zur Freiheit des Wählens erforderliche geheime Abstimmung zu erlangen.“

Das Andere ähnlich wie bei den früheren Gelegenheiten!

Aus den Nachrichten aus dem Orient geht trotz ihrer Spärlichkeit hervor, daß der Aufstand auf Kandia seinen Fortgang nimmt. Die neueste Depesche lautet: Venedig, 19. October, Morgens. Soeben 9 Uhr Morgens hat General Leboeuf die Stadt Venedig der städtischen Obrigkeit übergeben; zu gleicher Zeit marschirten die deutschen Truppen, unter ehrenvollem Zuruf der Volksmenge, nach Triest ab. Bald darauf trafen die italienischen Truppen ein; sie wurden von der Menge begeistert empfangen.

Vereins-Cheil.

* Berlin, 19. Oct. (Vierter Vortrag in Armin's Hotel.) Zunächst war heute das Lehngesetz zu entwickeln. Redner erzählt, wie dieses von der ökonomischen Wissenschaft zweifellos anerkanntes Gesetz von Leuten, welche für wissenschaftliche Ökonomen gelten wollen, Laffale gegenüber in der Oeffentlichkeit geläugnet worden sei und nannte dann die von Laffale citirten Schriftsteller. Es sei nicht möglich, alle diese Citate hier zu verlesen, aber wenigstens die Stelle aus dem in Deutschland vorzugsweise verbreiteten Lehrbuch von Rau wolle Redner zur Kenntniß seiner Zuhörerchaft bringen. Nachdem dies geschah, erörtert Redner die Bedeutung des Wortes „gewohnheitsmäßig“ in der von Laffale aufgestellten Fassung des Lehngesetzes und bespricht die Frage, ob nicht das „gewohnheitsmäßig“ zum Lebensunterhalt „Erforderliche“ im Laufe der Civilisation sich steigere, was Redner, Alles in Allem, verneint; jedenfalls sei die Steigerung, wenn überhaupt vorhanden, eine sehr unwesentliche.

Redner bemerkt nun, es sei nicht genügend, daß man das Lehngesetz kenne; die Hauptsache sei, einzusehen, wie dasselbe ein notwendiges Ergebnis der heutigen Verhältnisse sei. Redner entwickelt hierauf auf der Grundlage der freien Concurrenz das Lehngesetz in ausführlicher Weise. Zu diesem Zwecke wird die Theorie des Tauschwerthes nach Ricardo festgestellt, wobei sich Red-

ner über die Leistungen der englischen, französischen, italienischen und deutschen Oekonomie auspricht. Es wird gezeigt, wie bei den Dingen, die überhaupt im Strome der Production stehen, die Produktionskosten der feste Punkt sind, um welchen der Marktpreis gravitirt und wie die gesammten Produktionskosten sich fast ausschließlich in Arbeitsquantität auflösen lassen. Auf dieser Grundlage des Bestimmtwerdens allen Tauschwerthes durch die Arbeit, wird dann die Waare selbst untersucht und der Arbeitslohn entwickelt. Hieran anknüpfend, geht Redner zu einer Schilderung der Lage der arbeitenden Klassen über. Diese Lage lasse sich als ein langames Verbrennen bezeichnen. Es würde ihm leicht sein, aus den Schriften der Socialisten seinen Zuhörern herzerweichende Scenen vor die Seele zu führen; aber er wolle nur Bourgeois-Ökonomen, Professoren und Staatsbeamte sprechen lassen. Redner bringt nun statistisches Material aus dem Lehrbuch des Professors Rau, aus den amtlichen Veröffentlichungen des Directors des statistischen Bureaus in Preußen, des Geh. Rathes Engel, und aus dem Berichte Willems's, der in den dreißiger Jahren mit einer Untersuchung über die Lage der arbeitenden Klassen in Frankreich betraut worden.

Hierauf bemerkt Redner: Einige der Berichterstatter der Berliner Zeitungen hätten in ihren Berichten über diese Vorträge ziemlich deutlich zu verstehen gegeben, sie hätten sich eigentlich etwas anderes unter diesen Vorträgen erwartet, als gekommen sei; die Angriffe auf das Bestehende seien sehr spärlich und man könne zur Noth glauben, der Vortragende sei selbst ein Bourgeois-Ökonom. Diese Herren möchten sich indessen beruhigen; wenn es nur auf Angriffe auf die bestehende Gesellschaft ankomme, so genöthe sich Redner heute ihre Zufriedenheit in hohem Maße zuzuziehen.

Redner ersucht hierauf die Versammlung, wegen des Umfangs des noch zu behandelnden Stoffes ihm heute anderthalb bis zwei Stunden lang Gehör schenken zu wollen und zeigt an, daß der Vortrag das nächste Mal anfallen müsse, da in dem, neben dem Hirsaal gelegenen Saal ein Ball stattfinden, was zu sehr stören würde, so daß also der fünfte Vortrag nächsten Freitag stattfinden würde. Redner fährt dann fort: Ich werde nun im weiteren Verlaufe nachweisen, daß Alles, was die gewöhnlichen Vertreter der Bourgeois-Auffassung Angesichts der traurigen Lage der Arbeiterklasse vorbringen, unhalbar ist und es wird sich daraus der Nachweis ergeben, daß die gesammten materiellen Fundamente der jetzigen Gesellschaft von Grund aus nicht taugen.

- 1) Die Bourgeoisie sagt: Die Bestimmung des Arbeitslohnes ruht auf Naturgesetzen, ist daher unabänderlich. Ich werde Ihnen zeigen, daß diese Behauptung nichts anderes ist.
- 2) Die Bourgeoisie sagt: Es wird besser werden. Ich werde Ihnen zeigen, daß dies eine Lüge ist und daß eher das Gegentheil wahr ist.
- 3) Die Bourgeoisie erklärt, daß der Kapitalzins eine gerechte Entlohnung ist. Ich werde Ihnen die Ungerechtigkeit dieser Entlohnung vom Standpunkte des natürlichen Rechtes nachweisen.
- 4) Die Bourgeoisie sagt, daß der Unternehmergewinn eine gerechte Entlohnung ist. Ich werde Ihnen zeigen, daß der Unternehmergewinn nicht gerechter ist, als der Kapitalzins.

Feuilleton.

Eine drollige Gerichtsverhandlung.

Am 11. d. fand zu Wien folgende Gerichtsverhandlung statt:

Alexander Meizner aus Berlin hat den Feldzug mitgemacht, und ist hernach auf den Gedanken verfallen, seinen „Cousin“ in Wien, den Hofschauspieler Meizner, zu besuchen. Er befindet sich am 11. October dort auf der Anklagebank; aus welchem Grunde, wird die Verhandlung lehren.

Präsident: Wann haben Sie Berlin verlassen?

Angellagerter: Im Juni.

Präsident: In welcher Eigenschaft?

Angellagerter: Als Colonnensführer in königlich preussischen Diensten.

Präs.: Welcher Art ist diese Charge?

Angell.: Wie Lieutenant.

Präs.: Das heißt, Sie denken sich sie so; allein nach den Mittheilungen, die uns zugekommen, bildet diese Stelle bei weitem nicht diesen Rang.

Angell.: Ich muß erjebenst bitten, es ist ganz wie Lieutenant.

Präs.: Waren Sie bei einer Schlacht theilhaftig?

Angell.: Ja, bei Königgrätz.

Präs.: Sind Sie verwundet worden?

Angell. (bärend): Nein.

Präs.: Warum haben Sie dann in Ihrem Briefe an den Herrn Hofschauspieler Meizner von einem Granat-

splitter gesprochen, der Sie am Fuße verwundet. (Weiterleil.)

Angellagerter schweigt.

Präs.: Sind Sie mit Herrn Hofschauspieler Meizner verwandt?

Angell.: Ja, unsere Väter waren Cousins.

Präs.: Sie haben in dem Briefe an ihn sich als irecten Cousin gerirt. Ich will aus dem Schreiben eine Stelle vorlesen. Es heißt da: „Ich beabsichtige, da ich Landwehr-Offizier bin, meine Colonne aber aufgelöst ist, nunmehr in ein österreichisches Cavallerie-Regiment, und zwar am liebsten in Italien, einzutreten, und möchte mir hierin Deinen Rath erbitten. Ich bin zwar noch ein wenig lahm, da mich ein Granatsplitter bei Sadoma getroffen, doch hoffe ich, nicht mehr lange humpeln zu müssen. Ich bin gestern erst in einem Trabe von Znaim nach Brünn geritten und also bereits tüchtig hergestellt.“ (Heiserkeit.) Wie wollen Sie diesen Brief erklären?

Angellagerter schweigt.

Präs.: Sie sind, trotzdem Sie auf diesen Brief keine Antwort ertheilten, nach Wien gereist und haben sich vorerst in einem Fiaker zu Ihrem Onkel Kbünel nach Maria-Lanzendorf begeben, welchem die Freunde des Wiederlebend gleich im ersten Augenblicke sechs Gulden zur Bezahlung des Fiakers löderte. (Lachen.)

Angell.: Ich habe ihn nicht dazu aufgefordert, er that es freiwillig.

Wir lassen, um Wiederholungen zu vermeiden, die Beschädigten selbst sprechen.

Der erste derselben ist Herr Friedrich Kbünel in Maria-Lanzendorf.

Präs.: Hatten Sie den Angeklagten schon früher einmal gesehen?

Zeuge: Ich kann mich nicht erinnern; vielleicht als Kind. Als er vor mehreren Wochen sich mir plötzlich als meinen Neffen vorstellte, fixirte ich ihn scharf und sah, daß er der Sohn meiner Schwester in Berlin ist, nicht an der Aehnlichkeit mit seinem Vater. Ich habe ihn darauf sehr freundlich aufgenommen und auch freiwillig seinen Fiaker bezahlt.

Präs.: Thaten Sie dies ohne seine Aufforderung?

Zeuge: Ganz freiwillig. Im Verlaufe einer Stunde erst schien er sich zu erinnern, daß ich diesen Betrag für ihn auslegte. Ich lehnte die Rückstattung ab, aber er wurde darüber ganz böse und erklärte, er reise sogleich ab, wenn ich das als Geschenk betrachte. Da mußte ich ihm also nachgeben, weraus er bemerkte, er habe einen preussischen Fünftalerschcin, ich möge ihm das Uebrige herausgeben. Ich berechnete den Rest und händigte ihm denselben ein.

Präs.: Und Sie haben den Fünftalerschcin von ihm bekommen?

Zeuge: O nein! (Lachen.) Er schien dies zu ver-gessen und ich wollte aus Höflichkeit nichts darüber sagen.

Präs.: Haben Sie weitere Summen für ihn ausgelegt?

Zeuge: Da er, wie er sagte, nur preussische Thalerscheine habe, so gab ich ihm einzwölften österreichischen Geld, zusammen 47 Gulden. Endlich ward ein Tag festgesetzt, an welchem wir die Thalerscheine in einer Wechselstube umtauschen und dann einen Ausflug nach Schöndbrunn machen wollten. Ich führte ihn zu Schnapper, hier öffnete er seine Brieftasche und sagte mir mit er-

Redner behandelt nun ausführlich diese vier Punkte, wobei es unverkennbar ist, daß die Zuhörer aus den Bourgeoiskreisen mit einer gewissen Aufregung den Ausführungen folgten. Redner bemerkt indessen, daß was er jetzt vorgetragen habe, nur die volle theoretische Konsequenz des neuen Princips sei; daß aber für die nächste praktische Durchführung eine so radicale Umgestaltung der Gesellschaft, wie im Ausgeführten angedeutet liege, nicht vorgeschlagen oder beantragt sei. Was man zunächst praktisch bezwecke, werde entwickelt werden, wenn der Lassalle'sche Vorschlag zur Besprechung komme.

Redner forderte hiernach die Versammelten auf, auch in den zwei nächsten Vorträgen zu erscheinen, damit sie nicht nur den negativen, zerstörenden, sondern auch den positiven, aufbauenden Theil hörten. Obgleich der Vortrag wie immer wenige Minuten noch Act begonnen hatte, war es doch bereits 9/4 Uhr, als der Redner endete. Die Versammlung brach in Beifall aus und man konnte deutlich sehen, daß durch die Behandlung so tief eingreifender Fragen einige Aufregung in dieselbe gekommen war, was sich auch darin zeigte, daß sich nach Schluß debattierende Gruppen im Saal und auf den Gängen bildeten.

Nachträglich sei noch bemerkt, daß Redner in seinem ersten Vortrage erklärt hatte, alle Interpellationen, die Jemand in Betreff seiner Vorträge stellen wolle, in den Sitzungen des social-demokratischen Arbeiter-Vereins beantworten zu wollen.

Vermischtes.

(Englische Strenge gegen Thierquälerei.) Unter dieser Aufschrift bringt die „Nordd. Allg. Ztg.“ Folgendes: „Küchlich erschien vor dem Richter in Maidenhead unter der Anklage der Thierquälerei Lord Russell, der Bruder des Exministers. „Ich war“, sagte der Zeuge, „in dem Laden bei Jackson. Da kommt in seinem Wagen Lord Russell vorbei, schlägt auf die Pferde, reißt am Zügel und mißhandelt die Thiere auf eine schreckliche Weise. Es war herzerweichend. Ich ging an ihn heran und sagte: Ihr solltet Euch schämen, die Thiere so zu schlagen, da Ihr nicht zu fahren versteht. — Der Küchler legte sich darauf zu seinem Herrn und dieser fuhr fort, die Pferde zu schlagen. Darauf sagte ich zu ihm: Ihr habt Euren Beruf verfehlt, Ihr könnt wohl einen Karren schieben und ein Schwungrad drehen, aber weiter geht Eure Kenntniß nicht. — Während ich dies sagte, schlug er noch fortwährend auf die Pferde. Bei Nicholas stieg er vom Wagen und sagte zu mir: Euer Name ist Mackey, nicht wahr? Wißt Ihr, daß Ihr zu einem Gentleman gesprochen habt? — Mein Name ist Mackey, erwiderte ich. — Die Karten wurden gewechselt und Lord Russell unter Anklage gestellt. Er wurde zu 1 Pfund Sterling Strafe und 16 Shilling 6 Pence Kosten verurtheilt. Erfolgt die Zahlung nicht innerhalb vierzehn Tagen, muß der Bruder des Exministers drei Wochen im Gefängnisse zubringen.“

So weit die „Nordd. Allg. Ztg.“ Wir unsererseits können keine „Strenge“ darin erblicken, wenn ein reicher Mann eine Brutalität gegen Thiere mit einer für ihn ganz gleichgültigen Geldstrafe abmachen kann. Das sind 12 Thaler (soviel ungefähr beträgt die Strafe nebst Kosten) für einen Lord, der Equipage hält.

Die Sache ist eben die, daß der Bruder des Exministers nicht in's Gefängniß wandert, da er die unbedeutende Geldstrafe „binnen 14 Tagen“ zahlt, wenn er nicht vorgezogen hat, gleich sein Portemonnaie herauszuziehen. In Wahrheit aber verdient er in's Gefängniß zu wandern und nur wenn dies statthände, wäre wahre Gerechtigkeit und „Strenge“ da. Die Strafurtheile, nach denen der Reiche Geld zahlen kann, der Arme aber in's Gefängniß wandern muß, sind eine Ungerechtigkeit.

(Confiscation.) Die Nr. 292. der „Staatsbürger-Zeitung“ vom 19. October ist während der Ausgabe ohne Angabe von Gründen polizeilich mit Beschlag belegt worden.

(Zur Statistik der Eisenbahnunfälle.) Schon wieder berichtet die „Nordd. Ztg.“ vom 17. October von einem Eisenbahnunglück. Bei dem um 5 1/2 Uhr gestern Nachmittag von hier nach Halle abgegangenen Zuge kamen jenseits der Aumühle beim Wärrerbüschchen 96 Locomotive, Tender und ein Packwagen aus dem Geleise und stürzten, nachdem sie etwa 200 Schritte weit die Schienen aufgerissen hatten, die Böschung hinab. Die übrigen Wagen des Zuges hatten sich glücklicher Weise von jenen losgerißt und blieben auf dem Eisenbahndamm stehen. Diesem glücklichen Umstande haben die Passagiere es zu danken, daß sie keinen Schaden genommen haben. Dagegen sind der Locomotivführer und der Heizer selbstädig.

(Zur Verhaftung des Herrn Liebknecht.) Der sehr bedauerliche Vorgang der Verhaftung des Herrn Liebknecht ist unseren Lesern bekannt. Der §. 115 des preussischen Strafgesetzbuches bestimmt: „Ausländer, welche, nachdem sie des Landes verwiesen sind, ohne Erlaubniß zurückkehren, werden mit Gefängniß von 3 Monaten bis 2 Jahren bestraft.“ Herr Liebknecht, im Großherzogthum Hessen zu Hause, wurde ohne richterliches Urtheil aus politischen Gründen vom Polizeipräsidium am 1. Juli v. J. aus Berlin und aus Preußen ausgewiesen. Er begab sich nach Hannover und Leipzig und kehrte von dort ohne Erlaubniß am 28. September d. J. nach Berlin zurück. Am 2. October d. J. trat er in einer Versammlung der Buchdruckergehilfen als Redner auf und wurde dort von dem anwesenden Polizeibeamten verhaftet. Am 19. d. M. erschien derselbe unter der Anklage der Verletzung der oben angeführten Strafbestimmung vor der 7. Deputation des Criminalgerichts. Liebknecht erklärte, daß er in dem Gessell der Berechtigung, und ohne die Absicht, gegen ein Strafgesetz verstoßen zu wollen, nach Berlin zurückgekehrt sei. Unmittelbar nach Erlass der Amnestie habe er nämlich von einem Freunde die Aufforderung erhalten, nach Berlin zurückzukehren. Er habe zuerst Bedenken getragen, indessen kurz darauf sei in der „Nordd. Allg. Ztg.“ ein Artikel erschienen in welchem es hieß, daß die Amnestie ein Akt der Vergebung sei, daß deshalb mit derselben nicht gefahrt werden dürfe. Nun sei seine Ausweisung aus Berlin ein politischer Akt gewesen, der sich indessen auf ein geringeres Vergehen bezogen habe, weil sonst eine Anklage gegen ihn erhoben worden wäre. Da die Amnestie diese erblicklichen Vergehen umfasse habe, so habe er geglaubt, daß die geringeren ebenfalls unter dieselbe fallen, und sei er in diesem Glauben auch von allen seinen hiesigen Freunden bekräftigt worden. Dergleichen sei die Rücksicht auf die politischen Verhältnisse getreten. Seit seiner Aus-

weisung seien große Veränderungen vor sich gegangen. Seine Vaterstadt (Gießen) gehöre zum Norddeutschen Bunde. Dieser Bund existire zwar factisch noch nicht, indessen sei für denselben mit Zustimmung beider Kamern bereits das Wahlgesetz erlassen, wonach jeder Bürger der zum Norddeutschen Bunde gehörigen Staaten wahlberechtigt und wählbar sein solle. Hierdurch sei angeordnet, daß ein gleiches Bürgerrecht für alle diese Staaten existire, und gerade ebenso verhalte es sich auch in militärischer Beziehung. Er habe deshalb angenommen, daß auch in allen übrigen Beziehungen ein gleiches Bürgerrecht bestände; wäre dies nicht der Fall, so wäre der Norddeutsche Bund weiter nicht, als der frühere Deutsche Bund. Ein Beweis dafür, daß er bona fide gehandelt, gebe jedenfalls sein offenes Auftreten in der Versammlung der Buchdrucker-Gehilfen, in welcher auch Polizeibeamte gegenwärtig gewesen seien. Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten dem Antrage des Staatsanwalts gemäß, zu einer dreimonatlichen Gefängnißstrafe. Es wurde ausgeführt, daß angenommen werden könne, es sei 1) der Angeklagte in gutem Glauben nach Berlin zurückgekehrt, aber zur Anwendung des §. 115 sei der Dolus nicht erforderlich. Der Angeklagte habe eingewendet, daß er auf Grund der Allerhöchsten Amnestie angenommen habe, er sei amnestirt. Der Vorsitzende der Amnestie begreife aber den §. 115 nicht in sich. Ebenso hinsichtlich sei auch der Einwand des Angeklagten, daß er einem Staate angehöre, der zum Norddeutschen Bunde gehöre. Die Stadt Gießen sei nicht in Preußen einverleibt, und so lange dies nicht geschehen, sei der Angeklagte als Ausländer zu betrachten, der sich durch seine Rückkehr nach Preußen ohne Erlaubniß strafbar gemacht habe. Mit Rücksicht auf den guten Glauben des Angeklagten habe der Gerichtshof keine Veranlassung gesehen, über das niedrigste Strafmaß hinaus zu gehen. Mildernde Umstände seien bei diesem Vergehen nicht zu lässig.

(Zu den Fabrikarbeiter-Sparkassen.) Der Preussische Handels-Minister hat die Verwaltungs-Behörden veranlaßt, auf die Einrichtung von Fabrikarbeiter-Sparkassen hinzuwirken, und dabei bemerkt, daß die Einrichtung von dergleichen Kassen zwar der freiwilligen Fürsorge der Fabrik-Unternehmer überlassen bleiben müsse, es jedoch zur Förderung daraus gerichteter Bestrebungen in wirksamer Weise beitragen würde, wenn die bekannt werdenden günstigen Ergebnisse der Sparkassen-Einrichtungen zur Kenntniß der Arbeiter und Arbeitgeber gebracht würden, indem solche thätigste Mittheilungen die Bedenken widerlegen, welche noch hin und wieder rücksichtlich der Ausführbarkeit und Nützlichkeit derartiger Einrichtungen geltend gemacht würden.

(Der Erfinder der Schiffschraube.) James Lowe, hat durch einen der in den Straßen Londons häufigen Unfälle sein Leben verloren. Beim Kreuzen einer Straße geriet derselbe unter ein schwer beladenes Fuhrwerk, die Räder gingen über ihn hin und verursachten augenblicklichen Tod.

(Grausamkeiten des Aufstandes in Palermo.) Die „Gazetta ufficiale“ veröffentlicht einen aus Palermo unterm 4. October an den Ministerpräsidenten gerichteten Bericht des Generals Raffaele Cadorna über den bekanntlich von den reactionären Parteien ausgegangenen Aufstand von Palermo, welcher grausen-

andere Tage. Ich gab ihm einstecken zum Leben 5 fl., 3 fl. und 2 fl.; ich mache weiter keinen Anspruch darauf. Ich hatte indeß noch immer keinen Arztwohnen. Da erzählte mir mein Freund, der Musikantenbändel Herr Gustav Lewy, er habe meinem Cousin, der in Geldverlegenheit gewesen, als ich abwesend war, fünf Gulden geborgt. Das tondirte mich, da ich doch den Mann in meine Gesellschaft eingeführt hatte. An demselben Abend begebe ich mich ins Gasthaus zum „Kreuz“, wo ich zuweilen hinzukommen pflege. Kaum trete ich ein (mit drassischer Lebhaftigkeit), so führen die Kellner auf mich zu: „Ab, das ist schön, Herr v. Weizner, daß Sie da sind, mir ist er so viel schuldig! Mir ist er so viel schuldig! Mir so viel!“ Und gleichzeitig tritt ein fremder Mann zu mir mit den Worten: „Ich bin der Schneider. Ihr Herr Cousin hat um 23 Gulden Kleider bei mir gekauft; hier ist die Rechnung.“ (Heiterkeit.)

Der Präsident constatirt, daß die Mutter des Angeklagten kaum sich selbst ernähren könne und daß sie selbst ihrem Sohne ein schlechtes Zeugniß ausstelle. Wir haben noch die Pflicht, den Vorfall zu ergänzen. Herr Weizner hatte keine Lust, die Forderungen des Kellner und des Schneiders zu bezahlen, und der Dable auch nicht, und sie zogen es vor, da Kellner und Schneider natürlich die strafgerichtliche Anzeige machten, den Herrn Kellner, respective „Cousin“ auf der Anklagebank figuriren zu sehen und das Lustspiel: „Die zurückkehrenden Verwandten“ aufzuführen.

Der Gerichtshof verurtheilt den Angeklagten zu sechs Monaten Kerker.

schredter Miene, die Thalerscheine seien nicht da, er müsse sie zu Hause auf dem Tische gelassen haben, als er einige Briefe herausnahm. Ich sage: Wenn Das ist, sei nur ruhig, dann liegt's dort sicher. Wir gehen nach Schönbrunn, auf's Operiet, kehren nach Hause zurück; auf dem Tische finden sich keine Thalerscheine und auch sonst weiß Niemand was davon. Meine Frau geräth in Unruhe; ich aber sage zu ihr: Sei ruhig; so viel ist gewiß, hier hat er's nicht liegen lassen. (Heiterkeit.)

Auf die Frage des Präsidenten, ob er diese Summe im Wege des Strafverfahrens beanspruche, erwidert er bejahend, nimmt jedoch die sechs Gulden für den Fialer davon aus.

Darauf beginnt der Hofschauspieler Weizner seine Geschichte. Er erzählt folgendermaßen: „Ich selbst weiß gar nicht, ob der Angeklagte mit mir verwandt ist. Er behauptet, in Berlin mit mir gesprochen zu haben; ich will es nicht in Abrede stellen, ich sehe so viele Pöblynomieen, aber ich entfinne mich seiner gar nicht. Ich lebe seit langen Jahren von Berlin entfernt und bin seitdem mit meinen dortigen Verwandten in keinerlei Verbindung gewesen. Da ergalte ich Ende Juli einen Brief, unterzeichnet Alexander Weizner, worin derselbe sich meinen Cousin nennt und mir mittheilt, er sei preussischer Offizier, leicht verwundet worden und wünsche in ein österreichisches Cavallerie-Regiment einzutreten, am liebsten in einer italienischen Station. Diese letztere Bemerkung kam mir sehr sonderbar vor, da Benedic schon abgetreten war; ich schrieb deshalb keine Antwort. Einige Zeit später stellte sich mir im Café Orientfeld ein junger Mann als der Schreiber des Briefes vor. Er trug eine preussische Leibjacke, ein Dienstzeichen und sah sehr au-

ten, f
Arbei
wurde
einzu
durch
wie i
bring
haben
der (s
trage
dem,
ten z
zahl
melt,
ten a
stella
der
lassen
mach
zur U
thun,
Zusan
serge
Blage
2 Uhr
bat f
nach
auf s
und
eben
quis
zu be
„
bela
Wer
Jahr
sorg
geb
und
I
gab
fort
sich
thun
am
da
und
habe
den
unte
Abst
nörd
schot
artig
halb
lend
hieß
Anz

Einzelheiten enthält. Eine Menge Polizei-Agenten sind auf die barbarischste Weise um's Leben gebracht worden. Ein Artillerist ist im Quartier della Vittoria gekrenzt worden; man hatte ihm die Augen ausgerissen und die schrecklichsten Verwundungen an ihm vorgenommen. Ausern Sant Antonio wurde ein Carabiniere, der nicht „Lebe die Republik“ schreiben wollte, niederschlagen. Die Mönche dieses Klosters zündeten einen Scheiterhaufen an, auf welchen sie den Sterbenden waren. An den Thüren dieses Klosters und in dessen Nähe verkaufte man das Fleisch geädert Carabiniere. Fast alle Klöster geben den Empörern Zufluchtsörter. Man hat im königl. Palast bemerkt, daß die meisten Benedictiner auf die Truppen schossen. Wenn ein Schuß getroffen hatte, dann rief man: Viva santa Rosalia! In Miflmeri fielen abscheuliche Mordthaten vor. Der Polizei-agent Satorio wurde mit den Zähnen zerrissen. Dieser Mann wurde gebunden und gefesselt, und Weiber, gleich entseffelten Kurien, stürzten sich auf ihn und zerrissen sein Fleisch mit ihren Zähnen, so daß bald nur noch eine formlose, blutige und zuckende Masse übrig blieb. Es sind dieses Ausgaben aus einem amtlichen Berichte!

(Katastrophe auf dem Montblanc.) Vor acht Tagen bestieg der in Chamounix wohnende englische Kapitain Artwright in Begleitung seiner Schwester und mehrerer Führer den Montblanc. Die Schwester blieb in Grands Mulets zurück, dagegen entschloß sich Herr Couttet, der Besitzer des neuen Wirthshauses dieser Bergstation, mit einem Diener die Reise mitzumachen. Die Reisenden kamen glücklich auf der „großen Ebene“ an und verließen über den von hier aus zu nehmenden an und betretenen Pfad zu verfolgen, welcher die Reise um zwei Stunden abkürzte. Bei den jetzigen kurzen Tagen ist ein Gewinn von zwei Stunden wesentlich. Außerdem aber hoffte man auf dieser Seite weniger Eis zu finden. Nach einer halben Stunde Wegs hörte Couttet, der voran aufging und den Diener am Strick hatte, über sich ein donnerähnliches Geräusch. Er sah auf und bemerkte eine Lawine, welche mit Blitzgeschwindigkeit auf die Reisenden losstürzte. „Reitet Euch! Rechts, rechts!“ rief er, während er selbst und der Diener sich nach rechts hin in den Schnee warfen. Ein furchtbares Krachen erschallte in ihrer unmittelbaren Nähe und Trümmer von Schnee und Eismassen fielen über sie her. Einige Augenblicke später war alles wieder todtensstill. Couttet und sein Diener richteten sich auf, um nach ihren Gefährten zu sehen; doch nichts als die Spur der Lawine und ein Haufen von Schnee und Eis, welcher von derselben auf der großen Ebene liegen geblieben, war zu sehen. Schreie und Schreie gingen die Weiden zurück, um auf derselben Nachforschungen nach den verschütteten Reisenden anzustellen. Einer der Führer wurde auch als alsobald mit verschmetertem Gehirn aus den eisigen Massen hervorgezogen, drei Führer hinterließen drei Wittwen und neun Kinder. Der Engländer hinterläßt eine Mutter und zwei Schwestern, welche sich in Chamounix befinden. Eine Expedition ist zur Aufsuchung der Leichen des Engländers und der beiden Führer ausgesandt und für die Wittwen und Kinder der letztern ein Subscription eröffnet, zu welcher eine ungenannte Amerikanerin 250 Frs. beigetragen hat.

(Eine originelle Hochzeit.) In Soissons fand vor einiger Zeit eine Heirat unter eigenbunlichen Umständen statt. Eine Wäscherin hatte die Bekanntschaft eines Corporals gemacht, welche schließlich zu einem gegenseitigen Ehevorschlag führte. Der Tag der Hochzeit wurde bestimmt und alle nöthigen Vorbereitungen getroffen. Die Wäscherin kam indessen mit den Gerichten des Orts in Konflikt und zog sich eine längere Gefängnisstrafe zu, welche sie noch vor ihrer Hochzeit antreten mußte. Die Verlobten blieben sich indessen tren. Als der festgesetzte Tag der Hochzeit heran kam, erbat sich die Wäscherin einen Urlaub von einigen Stunden, um unter der Erlaubnis unter Aufsicht eines Gerichtsdieners zu sein, welcher die Neuvermählten darauf in's Gefängnis zurückführte.

(Die „Patrie“) ist für die Summe von 1,500,000 Frs. an eine Gesellschaft von Kapitalisten verkauft worden, an deren Spitze ein in den journalistischen Kreisen bekannter Mann, Herr Lebey, steht.

Einsendungen von Arbeitern.

Ueber Besteuerung.

(Aus Erfurt.)

Geehrte Redaktion!

Im Morgenblatt der Bank- und Handelszeitung zu Nr. 274. Dienstag den 9. Oktober, 1866 las ich unter der Rubrik Berlin Folgendes:

„Eine Erhöhung der Braumalzsteuer, welche gegenwärtig in mahl- und schlagfeuerpflichtigen Städten per Ctr. 25 Silbergroschen beträgt, dürfte einstweilen, im Gegensatz zu den hierüber courstrenden Gerüchten

von der Staatsregierung noch nicht in Aussicht genommen werden. Gleichwohl würde eine Erhöhung der Steuer um das Doppelte des bisherigen Satzes noch nicht einen halben Pfennig auf den Seidel Bier betragen, dem Staate aber Millionen einbringen.“

Dem Herrn J. Treuberg, verantwortlicher Redakteur der Bank- und Handelszeitung ohne politische Färbung, meinen innigsten Dank für obige Mittheilung, die mich veranlaßt einige Fragen aufzuwerfen, die ich gern von Herrn Treuberg beantwortet haben möchte.

1) Wieviel bringt jetzt die Braumalzsteuer dem Staate ein, (übrigens besteht dieselbe nicht allein in mahl- und schlagfeuerpflichtigen Städten, sondern meines Wissens im ganzen Lande) und wieviel würde die Steuer dann dem Staate einbringen, wenn die Steuer um das Doppelte erhöht würde?

2) Würde dann von oben herab gefordert werden, daß der halbe Pfennig per Seidel Steuer vom Brauereibesitzer getragen würde und nicht vom Consumenten? —

Wissen Sie Herr J. Treuberg, verantwortlicher Redakteur der Bank- und Handelszeitung ohne politische Färbung, daß, wenn nicht von oben herab den Brauereibesitzern eine Taxe gemacht würde, der halbe Pfennig Steuern per Seidel mehr den Brauereibesitzern jährlich auch wieder Millionen einbringen würde? Da wir leider keine halben Pfennige Scheidemünze hätten, und der Brauer, trotzdem, daß er das Bier zum alten Preise verkaufen könnte, es doch nicht thäte? ja mancher womöglich 3 Pf. per Seidel mehr nähme und ein gut Geschäft, durch die Steuererhöhung dabei machte, wie so viele Hausbesitzer durch die neue Gebäudesteuer machen? so ist mir ein Fall bekannt, welcher wirklich verdient, an die Deffentlichkeit gebracht zu werden.

Als die neue Gebäudesteuer aufkam, mußte dieser Mann 10 Thlr. jährlich zahlen, früher gab er 6 Thlr. 18 Sgr., also 3 Thlr. 12 Sgr. weniger als jetzt. Was that aber dieser seinen Nächsten liebende christliche Hauswirth? Es wohnen 7 Partiben Miether bei ihm, er verlangte von jeder Partie 4 Thlr. Miete jährlich mehr, nahm also 28 Thlr. Miete mehr jährlich, indem er sich auf die neue Gebäudesteuer bezog, ein; die Miether zahlten also faktisch dem Wirth seine 10 Thlr. Steuer und für den Weg, daß der Wirth die Steuer zahlt, wenn sie fällig ist, nimmt er 18 Thlr. extra Profit. Alles indirekte Beiseidenheit.

Ja, ein ganzes Buch solcher Fälle könnte man machen, wenn es wirklich an entscheidender Stelle nur allemal Gehör fände, und für Abhilfe gefordert würde.

Daß so viele Vampyre die arme, Alles schaffende arbeitende Klasse, anslaugen können, liegt einfach daran, daß diese Klasse keine Vertreter hat, die ein Wort für dieselbe sprich in den Kammern; erst kommt der Actionair, der viele Dividenden haben will, je mehr je lieber, dann kommt der Direktor, dann sind einige Werkführer oder Meister (sogenannte Schweifhunde) da, bei denen wöchentlich einige Mal zur Schlachtkassell gehen, noch nebenbei, außer ihren schönen Gehältern abfallen muß und dergleichen mehr, dann der kleine Krämer, der zapft, Steuern, dann der Hauswirth. Alles zupft, zerrt und saugt den armen Arbeiter aus, der so unglücklich ist von den Händlern auf Abzahlung Sachen zu kaufen, oder bei dem Krämer seine täglichen Lebensbedürfnisse in kleinen Quantitäten kaufen muß, die er alle noch einmal so theuer bezahlen muß und meistens verdorben und schlecht sind.

Daß dieses biederige System einer Aenderung unterworfen werden muß, sieht jeder vernünftige denkende Mensch ein und diese Aenderung kann nur herbei geführt werden, durch das allgemeine gleiche direkte Wahlrecht mit geheimer Abstimmung und unbeschränkter Wählbarkeit; nicht allein für das Parlament, wir dürfen nicht eher ruhen und rasten, bis wir es auch in Staat und Gemeinde haben. Männer müssen gewählt werden zum Parlamente, die ein Herz für die arbeitende unterdrückte Klasse haben, die nicht durch leere Worte dem Arbeiterstande helfen wollen, sondern durch Thaten auch beweisen. Der Abgeordnete für Nordhanken, erfuhr ich hier durch einen Freund von mir, hat hier in einer Versammlung erzählt, daß Abgeordnete, welche doch Volksvertreter sein wollen, bei wichtigen Beratungen im Abgeordnetenhaus den Saal verlassen und eine Partibie Billard spielen. Andre eine Partibie Whist oder Scat etc.

Wo kann da der Arbeiterstand von solchen, sein wolkenden Volksvertretern etwas hoffen.

Doch zurück zur Braumalzsteuer.

Die Bourgeoisie macht das, was sie meistens allein für sich verbraucht und consumirt, steuerfrei, sie hat nicht gemurt, als die Weinsteuern beseitigt wurde, sie möchte das Bierporto ermäßigt haben, durch ganz Preußen der einfache Bier auf 1 Sgr. Taxe gesetzt, wovon wieder das Kapital den meisten Nutzen hätte, (dies kann ich in dem kleinen Geschäft sehen, wo ich bin, es würden jährlich, wenn der Portofuß ermäßigt würde, 80—100 Thaler profitirt, wieviel muß da in großen Geschäften profitirt werden?) Durch was soll der Ausfall gedeckt werden? Durch Kartoffelsteuer oder Bettstrohsteuer?

Wenn es der hohen Staats-Regierung darum zu thun ist, mehr Steuern zu erheben, so weiß ich eine gute Quelle, wo es jährlich viele Millionen abwerfen thäte; einestheils würde man den Häuserkäufern gerecht werden und andertheils würde man dem Aktienwindel einen Damm entgegensetzen.

Die viele Tausende von Millionen werden jährlich an den Börsen Aktien verkauft, würde man von diesen Verkäufen, ebenso wie bei Häuser-Verkauf, 1 Prozent Stempelsteuer vom Hundert erheben, so hätte die Staats-Regierung von 1000 Millionen Aktienkäufer 10 Millionen Steuer im Saft u. s. f. Der Aktienkäufer spürt das nicht und es könnte eine andere Steuer, die auf Lebensmittel liegt, abgeschafft werden.

Aber leider Gott's haben wir Arbeiter bis jetzt keine Vertreter in den Kammern, man will uns jetzt zum ersten Male an die Wahlurne führen, und leider ist das allgemeine gleiche Wahlrecht, was man uns entgegengebracht hat, schon beschritten und hat einen andern Glauben annehmen müssen, indem, einem Gerücht zufolge, die Abgeordneten keine Diäten erhalten sollen; aber das darf uns nicht irre machen, und wenn es auch nur in den größeren Arbeiterbezirken gelingt, Arbeiter, die das Herz auf dem rechten Fleck haben, in das Parlament zu wählen; wenn 1000 Arbeiter jeder wöchentlich pro Mann 1 Silbergroschen Beitrag zahlt, so kommen wöchentlich 33 Thlr. 10 Sgr. zusammen, was so ziemlich mit den Reiseflosten und Diäten zusammen die Summe ergibt, was die Abgeordneten vom deutschen Parlamente früher erhielten. Also, Arbeitbrüder, nehmt meine Mittheilung zu Herzen, diskutirt darüber, ein andermal mehr. Mit social-demokratischem Gruß

J. M. Hirsch.

Annoucen.

200,000 Gulden

baares Silbergeld

kann Jedermann gewinnen, der sich bei der

großen Frankfurter Geldverloosung

betheiligt, sowie weitere Haupttreffer von Gulden 100,000, 40,000, 25,000, 20,000, 15,000, 12,000, 10,000, 6,000, 5,000 etc.

Diese von der hohen hiesigen Regierung genehmigte und der Stadt garantirte

Neueste große Prämien-Verloosung

bietet den Theilnehmern in jeder Beziehung die größten Vortheile.

Alle Nummern ohne Ausnahme werden gezogen. Das ganze Einlagekapital wird binnen 5 Monate mittelft Gewinnziehungen zurückbezahlt und müssen planmäßig bis dahin sämmtliche 12,500 Gewinne, 11 Prämien und 18,400 Freiloose von den Interessenten erlangt werden.

Ganze Originalloose kosten fl. 6. — oder Rthlr. 3. 13. Halbe 3. — 1. 22. Viertel 1 1/2 26.

(Diese Originalloose sind mit dem Stadtsiegel versehen.)

Schon am 12. und 13. kommenden Monates beginnen die Ziehungen. Bestellungen unter Verfüggung des Betrages oder gegen Postnachnahme werden sofort pünktlich ausgeführt und die erforderlichen Pläne gratis beigelegt. Nach stattgehabter Ziehung erhält jeder Theilnehmer die amtliche Liste und Gewinne baar übersandt.

Jegliche Auskunft in Betreff dieser großen und interessanten Verloosungen wird gerne ertheilt und eine stets reelle gute Bedienung zugesichert. Man beliebe sich daher vertrauensvoll baldigst direct zu wenden an

L. Steindecker-Schlesinger.

Bank- und Wechsel-Geschäft in Frankfurt am Main.

Kapital und Arbeit.

Fünfter Vortrag in Arnim's Hotel, Unter den Linden 44, nicht Dienstag, den 23. October, sondern Freitag, den 26. October, Abends 8 Uhr.

Social-demokratischer Arbeiter-Verein.

Deffentliche Versammlung Montag, den 22. October, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Windler, Große Frankfurterstraße 84a, vis-à-vis der Wasmannstraße. Der Vorsitzende.

Buchdrucker-Gehülfsen-Verein.

Lokal: Alexandriner-Straße 36.

Dienstag, den 23. October. Vortrag von Herrn Zbriffen: „Ueber Wahlgesetz.“ Der Vorstand.